Ges. Stadtarchiv.


Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 150 Mark

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Täglicher Rundschau

Mittwoch, 23. Mai 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1000,— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

23. 5. a Nr. 233 150
62. Jahrgang.


## Mise en scène.

Von
Dr. Pröbster, Neustadt (Orla).

Die „Daily News“ konstatiert, daß die Verurteilungen in Werden nicht nur ohne irgendwelches belastende Beweismaterial, sondern trotz des genau entgegengesetzten Beweismaterials zustande gekommen sind. Man braucht sich über diese und ähnliche Erscheinungen in der Praxis der französischen Kriegsgerichte nicht zu verwundern, wenn man die Wandlung bedenkt, die sich dank der stillschweigenden Duldung durch die Welt in der französischen Mentalität vollzogen hat. Früher war für den Franzosen das Verschen bezeichnend:

Cet animal est très méchant
Quand on l'attaque il se défend.

(Das ist ein sehr boshaftes Tier; wenn man es angreift, verteidigt es sich.) Heute könnte man dies Verschen zeitgemäß variieren und sagen:

Cet Allemand est très méchant
Quand on l'attaque il ne se défend.

(Dieser Deutsche ist sehr boshaft; wenn man ihn angreift, verteidigt er sich nicht).

Verurteilt wurden die Krupp-Direktoren, weil die Kruppschen Arbeiter nicht über das Kommando Durieux herfielen und dem französischen Militarismus dadurch den sehnlichst gesuchten Vorwand zu einer energischen action répressive nahmen. Sie wären natürlich ebenfalls verurteilt worden, wenn die Arbeiter über Durieux' Leute hergefallen wären.

*

Im Frühjahr 1907 machte sich unter den Arabern in Casablanca und Umgegend (Schauia) eine wachsende Unruhe bemerkbar. Zu der lokalen Erregung, einer Folge der Spannung, die zwischen dem vom Sultan eingesetzten schwächlichen Stadtgouverneur Bubker ben Buzid und seinem Rivalen, dem ehrgeizigen Sohn seines Vorgängers Hadj Hammu, bestand, kam die allgemeine Aufregung des Landes über die Besetzung von Udjda durch Frankreich. Der französische Außenminister, H. Pichon, hatte allerdings erklärt, die Besetzung wäre „essentiellement provisoire“; sie würde nur so lange dauern, bis alle verlangten, „satisfactions“ gegeben wären. Aber die marokkanischen Beduinen teilten nicht den anderswo herrschenden Glauben an die Zuverlässigkeit derartiger amtlicher französischer Versicherungen.

Uld Hadj Hammu, der in Berreschid — etwa 50 Kilometer von Casablanca — Häuptling eines Stammesverbands war, gab sich redliche Mühe, dem Stadtgouverneur und der Sultansregierung ihre Ohnmacht vor Augen zu führen, und die zrofat, eine Art Betriebsräte, die bei fast allen Stämmen der Schauia an die Stelle der Stammeshäuptlinge getreten waren, unterstützten ihn dabei nach Kräften. Unter ihnen spielten die größten Schreier und Gewalttäter die erste Rolle. Und von ihnen waren wiederum die Schlimmsten in der Regel fremde, insbesondere französische Schutzgenossen; diejenigen der französischen Firma Ben Eli taten sich besonders hervor.

Die auf Untergrabung der marokkanischen Regierungsautorität gerichteten Machenschaften Uld Hadj Hammus und der zrofat besorgten die Geschäfte der französischen Politik. Bereits im April war das Unternehmen aufgezogen. Der französische Kreuzer „Galilée“ kam nach Casablanca, um im Falle eines Angriffs der Stämme auf die Stadt die „Europäer zu beschützen“. Aber die französischen Regisseure waren vorsichtig. Sie waren sich darüber klar, daß sehr viel darauf ankam, wie die Nachrichten über das französische bewaffnete Eingreifen von den fremden Gesandtschaften in Tanger aufgenommen und nach Europa weitergegeben wurden. Und da war insbesondere der deutsche Gesandte recht im Wege. Sie zogen unter diesen Umständen vor, zu warten. Im Sommer gingen die Gesandten auf Urlaub, und mit den Geschäftsträgern, insbesondere dem deutschen, würde Graf St. Aulaire schon fertig werden. Inzwischen konnte man die nötigen internationalen, nationalen und lokalen Vorbereitungen treffen. Zu den letzteren gehörte wohl auch, daß der Konsul Malpertuis und der Vizekonsul Maigret im Juli auf Urlaub gingen und der „élève viceconsul“ Neuville mit der Führung der Geschäfte des französischen Konsulats betraut wurde.

Am 29. Juli erschienen beim Stadtgouverneur 40 Abgeordnete der Schauia-Stämme und verlangten in deren Namen kategorisch Einstellung des von einer französischen Gesellschaft begonnenen Baues einer Schmalspurbahn und der Hafenwerkstätten sowie Aufhebung der französischen Zollkontrolle. Um sie zu beruhigen, gab der Stadtgouverneur ausweichende Zusagen. Erfahrene Konsularbeamte, die nicht provozieren wollen, raten in solchen Lagen ihren Staatsangehörigen, sich möglichst zurückzuhalten, bis umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen sind. Dazu hätten die an Ort und Stelle verfügbaren 6- bis 700 marokkanischen Soldaten unter Mulay Lamin durchaus genügt. Neuville hielt es nicht für nötig, Schutz der Bauarbeiter durch sie zu verlangen. Diese setzten ihre Arbeiten unbeschützt fort, und am 30. Juli wurden acht von ihnen durch fanatisierte Eingeborene erschlagen. Der Kreuzer „Galilée“ kam von Tanger nach Casablanca. Am ersten August landete er eine Anzahl Matrosen in Zivil zum Schutz des französischen Konsulats. Zu weiterem Eingreifen fand er indes keinen Anlaß. Die marokkanischen Truppen hatten die unruhigen Elemente bereits aus der Stadt gescheucht und Wachen vor die Häuser der Europäer gestellt. Die Ruhe war nicht wieder gestört worden. In der Nacht vom 4. zum 5. August erhielt der Kreuzer die Funkspruchmeldung, ein französisches Geschwader sei mit „forces imposantes“ unterwegs. Der Kommandant verstand seine Aufgabe; es galt, für die beginnende militärische Marokkoaktion durch ein sensationelles Ereignis Stimmung zu machen. Am 5. August bei Morgengrauen wurde ein Kommando von 60 Marinesoldaten unter dem Fähnrich Ballande gelandet. Ein Beamter des französischen Konsulats erwartete es im Hafen. Französischerseits wird behauptet, daß dem Landungskommando das Hafentor vor der Nase zugeschlagen und marokkanischerseits zuerst geschossen wurde. Jedenfalls gaben die Marinesoldaten, bis sie ins französische Konsulat gelangt waren, eine ununterbrochene Folge von Schüssen ab und verschonten auch die arabischen Wächter der am Wege liegenden Europäerhäuser, auch des französischen Konsulats, nicht, soweit sich diese nicht in Sicherheit bringen konnten. Auf die Schießerei hin hißte das Konsulat das blaue Signal „Bombardiert!“ Und die Stadt wurde — wie man sich später rühmte — mit 2500 Melinitgranaten überschüttet. Erst am 7. August wurden die angekündigten „forces imposantes“ unter General Drude gelandet. Sensationelle Preßmeldungen über die „heroische Verteidigung des Konsulats“ versetzten die französische öffentliche Meinung in den Glauben, daß ein neuer „jour de gloire est arrivé“.

**Amtl. Dollarkurs: 55 500.**
Devisen abgeschwächt.

## Die Umbildung des englischen Kabinetts.

### Das Verbleiben Lord Curzons noch ungewiß. — Wiedereintritt der Koalitions-Konservativen? — Lord Derbys Anwartschaft auf das Foreign Office.

A. **London,** 23. 5. (Eigenbericht.)

Die Meldung der gestrigen Abendblätter, daß Lord Curzon sich bereits entschlossen habe, auch im neuen Kabinett sein Amt beizubehalten, wird vorläufig nicht bestätigt. Es scheinen im Gegenteil noch Zweifel in dieser Hinsicht zu bestehen, und Lord Curzon macht dem Anschein nach kein Geheimnis daraus, daß er sich übergangen fühlt. Eine endgültige Entscheidung über sein Verbleiben ist aber offenbar noch nicht gefallen. Die „Daily Mail“ kündigt allerdings bereits an, daß Lord Curzon gehen und Lord Derby (der jetzige Kriegsminister und frühere Botschafter in Paris. Red.) seine Stelle übernehmen werde. Sie vergißt dabei natürlich nicht beizufügen, daß diese Ernennung in Frankreich große Freude erwecken würde. Man braucht aber dieser Meldung des Franzosenblattes vorläufig keinen Glauben zu schenken. Die „Daily News“ rechnet für den Fall, daß die früheren Koalitionsminister in die Regierung eintreten, mit der Möglichkeit, daß Chamberlain das Auswärtige Amt übernehmen könne. (Nach französischen Meldungen ist Chamberlain, der sich zu Erholungszwecken in Südfrankreich aufhielt, von dort nach London abgereist. Red.) Auch der Eintritt Sir Robert Hornes in das neue Kabinett scheint vorläufig noch nicht vollkommen gesichert zu sein, obgleich sowohl mit ihm wie mit Chamberlain Verhandlungen im Gange sind.

In der Presse wird Baldwin mit deutlicher Zurückhaltung aufgenommen. Uebereinstimmend wird betont, daß nur die Zugehörigkeit Lord Curzons zum Oberhaus seine Ernennung verhindert habe. (In erster Linie war es die Labour Party, die ihre Absicht, eine Auflösung des Unterhauses zu erzwingen, ankündigte für den Fall, daß ein Mitglied des Oberhauses zum Premier ernannt würde. Red.) Baldwin wird als geschickter und zuverlässiger Außenpolitiker geschildert, der aber in der Welt und zum Teil sogar im eigenen Lande völlig unbekannt sei und sich erst das Vertrauen verdienen müsse, im Namen Englands sprechen zu können. Ganz zufrieden ist nur das Blatt der Konservativen, die „Morningpost“. „Times“ und „Daily Telegraph“ schlagen deutlich recht kühle Töne an. Die „Times“ betont, daß der König bei der Ernennung streng verfassungsmäßig gehandelt hat. Was die Welt zu der Ernennung sage, sei jedoch eine andere Frage. „Daily Telegraph“ wird noch deutlicher und sagt, daß nach ihrer Meinung Lord Curzon die größeren Ansprüche auf die Ministerpräsidentschaft hatte. Es ist offenbar, daß diese beiden Blätter, die die gemäßigte Gruppe innerhalb der konservativen Partei vertreten, sich gegen die Die-Hards richten. Die liberale Presse äußert sich in ähnlicher Richtung. Die „Daily News“ glaubt, daß in Zukunft überhaupt die Ernennung eines Peers zum Regierungsleiter in England nicht mehr möglich sein werde. Der „Daily Chronicle“ betont dagegen, daß Lord Curzon wegen seiner Zugehörigkeit zum Oberhaus fallen gelassen wurde. Aehnlicher Ansicht ist auch die linksliberale „Westminster Gazette“, die im übrigen glaubt, daß der Unterschied zwischen Curzon und Baldwin nicht sehr groß sei, und daß der eine ungefähr so reaktionär sei wie der andere. Dagegen scheint das Arbeiterblatt, der „Daily Herald“, mit der Ernennung ganz einverstanden zu sein. Er schreibt, daß Baldwin der Ernennung Curzons vorzuziehen sei.

### Lloyd George gegen Baldwin.

**Paris,** 23. 5. (T. U.)

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat Lloyd George gestern abend in Wales eine große Rede gehalten, in der er unumwunden gegen die Regierung Stanley Baldwin Stellung nahm und einen Aufruf zur Vereinigung der beiden Flügel der liberalen Partei erließ. „Das wunde und triumphierende Frankreich“, so erklärte er, „ist mächtiger denn je auf dem europäischen Kontinent infolge der Niederlage seiner Feinde. Deutschland ist durch den Sturz, den es von einer so großen Höhe getan hat, betäubt und aus der Fassung gebracht. Dieses Land, das sich kraft- und ziellos bewegt, weiß nicht, was es anfangen soll. Aber unser größtes Unglück ist, daß es seit Bismarck keine großen Staatsmänner hatte. Für ein Land, das sich in Not befindet, ist das geradezu eine Katastrophe. Als Deutschland durch Napoleon I. erniedrigt wurde, hatte es das Glück, Staatsmänner erster Ordnung zu besitzen, die an seinem Wiederaufbau arbeiteten. Glücklicherweise bewahrt England seine Ruhe, und es wird durch Festigkeit und Klugheit die Welt retten.“ Nachdem Lloyd George die auswärtige Politik Bonar Laws kritisiert hatte, gab er die Erklärung ab, daß er sich jetzt der neuen Regierung gegenüber der Verpflichtungen enthoben sehe, die er und die Mitglieder seiner Partei gegenüber der Regierung von Bonar Law eingegangen waren.

## Keine Veränderung der englischen Außenpolitik.

### England entzieht sich jeder Verantwortung in der Reparationsfrage.

A. **London,** 23. 5. (Eigenbericht.)

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ versichert, daß durch den Regierungswechsel eine Aenderung in der englischen auswärtigen Politik nicht eingetreten sei. Die deutsche Regierung handele zweifellos richtig, wenn sie bei ihren neuen Vorschlägen mit aller Vorsicht zu Werke ginge, da jeder Irrtum diesmal verhängnisvolle Folgen haben könnte. Eine Aenderung der von ihr geplanten Vorschläge im Zusammenhang mit dem englischen Regierungswechsel sei nicht erforderlich. Im übrigen habe die Berliner Regierung eingesehen, daß sie weitere Ratschläge von englischer Seite nicht erwarten könne, und sie versuche nun, daß sie etwa damit in Rom mehr Erfolg hätte. (?) Italien werde möglicherweise ebenso wie Belgien bei kommenden internationalen Verhandlungen eine wichtige und nützliche Rolle spielen können. Man erkennt auch aus dieser Aeußerung das ständige Bestreben der englischen Politik, keine eigene Verantwortung zu übernehmen und wenn möglich die anderen Alliierten gegen Frankreich vorzuschicken.

### Baldwin wird Führer der Konservativen Partei.

**London,** 23. 5. (Reuter.) Es verlautet, daß die Neubildung des Ministeriums nicht vor Mittwoch abend beendet sein wird. Am nächsten Montag vormittag wird eine Sitzung der Konservativen Partei abgehalten, in der Baldwin zum Führer der Partei vor Wiederaufnahme der Sitzungen des Parlaments am Montag nachmittag gewählt werden soll.

### Pariser Wunschzettel.

S. **Paris,** 23. 5. (Eigenbericht.)

Baldwins Ernennung stimmt die gesamte Morgenpresse mehr oder weniger befriedigt zu, wobei auch die Frage, ob Sir Robert Horne und Lord Curzon ins Kabinett eingetreten bzw. in ihm verbleiben werden, eine große Rolle spielt. Viele Zeitungen rühmen Baldwins rasche Laufbahn. Einige erblicken in ihm den businessman, von dem zu hoffen sei, daß er das Reparationsproblem praktisch (d. h. im Sinne der Franzosen. Red.) anpacken werde, und erinnern dabei rühmend an seine Verhandlungen mit Amerika, die große Hoffnung auf die englisch-französische Zusammenarbeit zuließen. Der „Petit Parisien“ schreibt, daß Baldwin nicht nur ganz genau wisse, was er wolle, sondern auch mutig und geschickt genug wäre, sein Ziel zu erreichen. Nach dem „Petit Journal“ hat Loucheur bei seiner kürzlichen Reise nach London gerade von Baldwin den stärksten Eindruck bekommen, der eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich wünsche. Für das „Journal“ ist Baldwin der geeignete Mann des vorsichtigen Abwartens, wobei das Blatt in erster Linie an die Ruhr-Frage denkt. Auch die „Journée industrielle“ setzt ihre Hoffnungen auf Baldwin. Für den „Gaulois“ ist Baldwin noch ein ziemlich unbeschriebenes Blatt. Frankreich könne sich nicht beklagen, wenn er die Politik Bonar Laws fortsetze. Das „Echo de Paris“ begrüßt die Ernennung hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Reparationsfrage. Aehnlich schreibt die „Action française“, die dabei die Hoffnung ausspricht, daß es Baldwin gelingen möge, die Reparationsfrage der Lösung näher zu bringen. Nach der „République française“ bedeutet die Ernennung Baldwins keinen Wechsel in der auswärtigen Politik Englands.

Der „Homme libre“ hält den Regierungswechsel für einen günstigen Augenblick, um mit England über neue deutsche Vorschläge gründlich zu verhandeln. Aehnlich auch der „Avenir“, der gern jetzt ein Aufgeben der englischen Neutralitätspolitik wünscht. Dem „Echo National“ ist der neue Premier namentlich in der Reparationsfrage ein völlig unbeschriebenes Blatt. Das „Oeuvre“ hält Baldwin für den Mann, der durch gemeinsames Vorgehen der Alliierten das Reparationsproblem lösen werde. Die „Ere Nouvelle“ erblickt in ihm einen Wirtschaftler von hohem Rang. Die „Humanité“ glaubt, daß er als businessman gegenüber Rußland eine von den Interessen des englischen Handels und der Industrie diktierte Politik führen werde.

### Amerika „billigt freudig“.

S. **Paris,** 23. 5. (Eigenbericht.) „New York Herald“ meldet aus Washington, daß Amerika die Ernennung Baldwins freudig billige. Die Entscheidung des englischen Königs habe im Weißen Hause großen Beifall gefunden, und man hofft auf Baldwin durch seine früheren Verhandlungen in Washington in offiziellen Washingtoner Kreisen sehr.

### Die Beratungen der Reichsregierung.

Ueber die Beratungen der Reichsregierung sind in den letzten Tagen wiederholt eine Reihe falscher Nachrichten durch die Oeffentlichkeit gegangen. So wurde berichtet, gestern habe eine Kabinettssitzung stattgefunden. In Wirklichkeit hat das Reichskabinett seit der Rückkehr des Reichskanzlers und des Außenministers noch keine Sitzung abgehalten. Auch für heute und morgen ist bis jetzt noch keine Kabinettsberatung angesetzt. Auch eine Besprechung mit den Parteiführern hat noch nicht stattgefunden. Es verlautet noch nichts darüber, wann die Parteiführer empfangen werden können. Die Reichsregierung glaubt erst in einigen Tagen Genaueres über den Schritt mitteilen zu können, den sie bei den auswärtigen Kabinetten tun will. Ob diese diplomatische Aktion in der Ueberreichung einer Note besteht, ist im Augenblick noch nicht entschieden.

### Teuerungskrawalle im Ruhrgebiet.

th. **Gelsenkirchen,** 23. 5. (Eigenbericht.) In den letzten Tagen fanden gewaltsame Herabsetzungen der Lebensmittelpreise in den Orten des Landkreises Essen statt. Heute morgen ist es zu gleichen Begebenheiten in der Stadt Gelsenkirchen gekommen. Eine große Menschenmenge setzte die Herabsetzung der Fischpreise, Fleischpreise und Fettwarenpreise auf dem Fleischmarkte durch. Vorübergehend nahm diese Demonstration einen bedrohlichen Charakter an, so daß alle Feuerwehren des Bezirkes alarmiert werden mußten. Gegenwärtig hält die Bewegung noch an.

## Wetterleuchten im Nahen Osten.

### Möglicher Kriegsausbruch Ende dieser Woche.

**Lausanne,** 23. 5. (T. U.)

Die Lage in Lausanne hat sich einer Meldung der „Chicago Tribune“ zufolge gestern sehr verschärft. Ismet Pascha soll den englischen Vertreter Sir Macdonald Rumbold gefragt haben, welche Haltung England im Falle eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland einnehmen würde. Die Antwort des englischen Delegierten wird in dem Blatt nicht angeführt. Die Griechen hätten erklärt, daß sie die Konferenz in den nächsten Tagen verlassen würden, wenn in der Reparationsfrage keine Entscheidung getroffen würde. Die Spannung in der Reparationsfrage zwischen Griechen und Türken dauere fort, und man befürchte in Lausanne, daß der Krieg Ende dieser Woche ausbrechen könnte. Die bereits gemeldete Zerstörung der Maritza-Brücke durch die Türken, um das griechische Vorgehen zu verhindern, sei der türkischen Delegation von der Regierung in Angora mitgeteilt worden.

Venizelos habe sich nach dem gleichen Blatte bei den Alliierten darüber beklagt, daß die Türken mit ihren Truppenkonzentrationen an der thrazischen Front fortführen. Infolgedessen seien auch die Griechen gezwungen, ihre Armee in Westthrazien zu verstärken. Einer Lausanner Meldung des „Petit Parisien“ zufolge soll Sir Rumbold Venizelos erklärt haben, daß türkische Truppenlandungen am Schwarzen Meer nicht vorgenommen worden seien. Nur einige Urlauber seien heimgekehrt.

Venizelos äußerte dem Lausanner Havasvertreter gegenüber: „Im Laufe der letzten Besprechung mit Ismet Pascha erklärte ich mich bereit, daß in den Friedensvertrag Bestimmungen aufgenommen würden, worin Griechenland die Verpflichtung anerkennt, die Schäden zu reparieren, die es in Anatolien im Laufe des Krieges anrichtete, wenn die Türkei die Erklärung abgeben wollte, daß sie infolge der finanziellen Lage Griechenlands auf die Zahlung der Reparationen, zu denen Griechenland sich verpflichten würde, verzichten wollte. Dies Kompromiß lehnte Ismet Pascha ab. Seither weiß ich nicht, was geschehen ist. Ich hörte, daß einzelne Alliierte Anregungen machten. Ich weiß nur, daß die Zeit drängt und daß die Stunde für eine Entscheidung gekommen ist. Ich habe eben den General Pellet gebeten, die Finanzkommission für Donnerstag oder Freitag einzuberufen, damit diese sich über die Reparationsfrage ausspreche. Wir wollen wissen, woran wir uns zu halten haben.“

### Amerikas Milliardenforderung.

**New York,** 22. 5. (W. T. B.)

„Journal of Commerce“ meldet aus Washington, in hohen amtlichen Kreisen werde erklärt, die Gesamtsumme der bei der Kommission für Schadenersatz angemeldeten amerikanischen Forderungen an Deutschland in Höhe von 1479 Millionen Dollar gebe kein zuverlässiges Bild der Endsumme. Deutschland werde erst auf Grund der endgültigen Entscheidung zum Zahlen aufgefordert werden. Es verlaute, das Staatsdepartement habe noch in keiner Weise über die Berechtigung und Höhe der Forderungen entschieden. Angenommen, daß die Vereinigten Staaten zur Begleichung der Kosten für die Besatzungsarmee am Rhein 25 544 000 Dollar ansetzen, glaube man, daß die herabgesetzten Ansprüche mit weniger als 200 Millionen Dollar befriedigt werden könnten. Der Verwalter des fremden Eigentums glaubt, daß nicht mehr als 150 Millionen zur Befriedigung dieser Forderungen erforderlich sein würden. Die amtlichen Kreise sind der Meinung, daß die Ernennung Parkers, der Deutschland zugestimmt hat, eine große persönliche Achtungsbezeugung und ein Beweis für die faire Haltung der amerikanischen Regierung sei.

### Sowjetdebatte auf dem Hamburger Sozialistenkongreß.

hem. **Hamburg,** 23. 5. (Eigenbericht.)

Am Dienstag nachmittag traten in Hamburg die Kommissionen des Internationalen Sozialistenkongresses zusammen. Es wurden folgende Probleme behandelt:

1. Der Imperialismus und die Friedensfrage.
2. Die Ruhrfrage und das Reparationsproblem.
3. Der Kampf gegen die internationale Reaktion.
4. Achtstundentag und soziale Gesetzgebung.
5. Organisation der neuen Internationale.

Am Mittwoch setzte der Kongreß seine Plenumdebatte unter dem Vorsitz von Stauning (Dänemark) und Wallhead (England) fort. Abramowitsch (Rußland) referierte über die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands. Er betonte noch einmal die durch das englische Ultimatum geschaffene schwierige Lage und forderte schließlich den Uebergang von der kommunistischen Regierungsmethode zu der wahrhaften Demokratie. Als zweiter Redner ergriff der Italiener Modigliani das Wort und nahm Stellung zu dem gestrigen Referat von Bauer-Wien. Das Regierungssystem in Rußland sei nicht geeignet, den Sozialismus zu fördern. Man dürfe aber in der Kritik nicht so weit gehen, daß man dem Kapitalismus Handlangerdienste leistete. Gegen den Fascismus sei das moralische Gefühl der ganzen Welt aufzurufen. Der Fascismus sei eine vorübergehende reaktionäre Erscheinung. Alle Regierungen der europäischen Länder ständen noch mehr oder weniger den sozialistischen Idealen fern.

Bei Schluß des Blattes referierte Thomas (England) über den Achtstundentag und soziale Gesetzgebung.

*

Dem Sozialistenkongreß ist von der Kommission „Achtstundentag und soziale Gesetzgebung“ eine Resolution zugegangen, in der eine Kongreßerklärung gefordert wird, die den unbeugsamen Willen bekundet, die sozialen Errungenschaften zu behaupten, welche das Ergebnis der großen Opfer gewesen sind, die die Arbeiterschaft während des Krieges und nach dem Kriege dargebracht hat.

### Die Kommunisten demonstrieren vor verschlossenen Türen.

hem. **Hamburg,** 23. 5. (Eigenbericht.)

In Hamburg traf eine Abordnung kommunistischer Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens ein. Da ihnen die Beteiligung am Sozialistenkongreß versagt wurde, haben sie in Anbetracht der englisch-russischen Kriegsgefahr gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Hamburgs zu einer Kundgebung aufgerufen, die heute nachmittag auf dem Heiligengeistfelde stattfinden soll.

## Mißhandlungen im Ruhrgebiet.

### Faustschläge ins Gesicht und Fußtritte gegen den Leib. — Die französische Justiz im Bunde mit Lügnern und Rohlingen.

nr. **Münster,** 23. 5. (Eigenbericht.)

Der 17jährige Oberprimaner Riebel wurde am 24. April auf der Breiten Straße von einem französischen Sergeanten bei der Verteilung von plattdeutschen Flugblättern verhaftet. Er wurde zunächst zur Hauptwache in der Schupokaserne und am nächsten Morgen zum Verhör zur Kommandantur im Rathause geführt. Der ihn vernehmende Alpenjägeroffizier schlug ihn ins Gesicht und beschimpfte ihn. Von einem anderen Soldaten erhielt er einen Faustschlag ins Auge und gegen die Kinnlade und außerdem Tritte vor den Leib. Weiterhin wurde er von diesem in das Gesicht gespuckt und dann wurden ihm Handfesseln angelegt, die sehr scharf angezogen wurden. Außerdem wurde dem Riebel gedroht, man wolle ihn bei Wasser und Brot einsperren, nackt ausziehen und auspeitschen lassen. Kurz darauf wurde der Mißhandelte in das Gymnasium zu den übrigen Gefangenen geführt. Bei der wiederholten Vernehmung durch einen Kriminalbeamten erhielt er von diesem wiederum einen Schlag ins Gesicht. Riebel wurde wegen Verteilung von antifranzösischen Flugblättern zu 20 Tagen Gefängnis und 200 000 ℳ Geldstrafe verurteilt.

Dem Referendar Borchmeyer in Recklinghausen wurde am 29. März vor dem Eingang des Stadttheaters sein Handstock von einem Soldaten entrissen. Borchmeyer verbat sich das Vorgehen des Soldaten und nahm diesem den Stock wieder ab. Daraufhin fiel der Soldat über ihn her und gab ihm schließlich einige Schläge ins Gesicht. Borchmeyer legte Beschwerde bei dem französischen Kommandanten ein mit dem Ergebnis, daß er zwecks Vernehmung vor der französischen Behörde erscheinen mußte. Die Vernehmung fand unter allen möglichen Beleidigungen des Beschwerdeführers statt. Seine schriftliche Anzeige war mangelhaft und sinnentstellend übersetzt. Die gleichfalls anwesenden französischen Zeugen und der Täter machten vollständig wahrheitswidrige Aussagen. Besonders bekräftigten sie mit ihrem Ehrenwort, daß der Beschwerdeführer nicht geschlagen worden sei. Gegen Borchmeyer ist nunmehr ein Verfahren wegen Beleidigung der französischen Armee beim Militärpolizeigericht anhängig gemacht worden.

Der Zahnarzt Fischbein saß mit einigen Bekannten an einem Abend anfangs Mai im Stadtkaffee zu Recklinghausen. An dem betreffenden Tisch wurden Witze erzählt, worüber gelacht wurde. In diesem Augenblick betraten sechs bis acht französische Offiziere das Lokal. Sie gingen zunächst zu ihrem Platz hin. Gleich darauf trat ein Offizier von hinten an Fischbein heran und versetzte ihm eine Ohrfeige derart, daß ihm die Brille vom Kopfe flog.

### Wohnungsplünderer.

th. **Rotthausen,** 23. 5. (Eigenbericht.) Heute morgen wurde die Wohnung des Generaldirektors Kesten der Bergwerks A.G. Dahlbusch von starken französischen Truppenabteilungen umstellt. Es handelt sich um die gewaltsame Eintreibung der Geldstrafe und der Kosten aus dem Mainzer Kriegsgerichtsurteil. Insgesamt waren 16 000 Franken einzutreiben. Generaldirektor Kesten weigerte sich, die verlangte Summe zu zahlen. Daraufhin wurde ein großer Teil der Wohnung ausgeräumt und die beschlagnahmten Stücke nach Düsseldorf gebracht.

### Keine Paßschwierigkeiten für das englisch besetzte Gebiet.

**Köln,** 22. 5. (W. T. B.) Wie die Kölner Polizei durch Aushang bekannt gibt, hat der englische Bezirksvertreter mitgeteilt, General Degoutte habe in dem ihm unterstellten Gebiet Anweisung erteilt, daß in den nächsten Tagen den mit einem ordnungsmäßig ausgestellten Personalausweis versehenen Bewohnern des von den Engländern besetzten Gebietes bei der Ein- und Ausreise über Vohwinkel und Hengstei keine Schwierigkeiten gemacht werden dürfen.

---

### Der Verfall der Mark.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in dem Leitartikel seiner heutigen Morgenausgabe mit den Ursachen, die nach seiner Meinung den Verfall der Mark herbeigeführt haben. Er kann nicht umhin, der besitzenden Klasse die Hauptschuld daran zuzuschreiben. Auch tritt trotz Devisenverordnung die Regierung seiner Ansicht nach dem Treiben der Spekulation nicht mit genügender Energie entgegen. So beklagt er es besonders, daß noch nicht ein einziger Fall umfangreicher Devisenkäufe der letzten Zeit einer Untersuchung auf Grund der neuen Devisenverordnung unterzogen worden wäre. Die Ausführungen zeigen eben, daß man sich in den Kreisen des „Vorwärts“ über die Bestände an Devisen in der Wirtschaft nicht im Klaren ist. Wenn seitens der Reichsbank unwirtschaftliche Bestände noch nicht aufgedeckt wurden, so liegt eben der Schluß da, daß solche gar nicht oder nur in verschwindendem Umfange vorhanden sind. So scharf der „Vorwärts“ auf der einen Seite gegen die Devisenspekulation und Preisbildung auf dem Warenmarkte vom Leder zieht, so hindert ihn das auf der anderen Seite nicht, auch seinerseits eine ganz gehörige Spekulation gegen die Mark in Vorschlag zu bringen, indem er für die Arbeiterschaft kein anderes Schutzmittel gegen die Geldentwertung in Vorschlag zu bringen weiß, als die Einführung von Goldlöhnen. Sollte mit dieser Forderung ernst gemacht werden, so wäre nämlich damit das Schicksal der Mark endgültig besiegelt, weil dann die stärkste Hemmung ausgeschaltet würde, die bisher den Sturz in den Abgrund verhütet hat. Oesterreich hat mit den sogenannten Indexlöhnen, die im Grunde ja auch Goldlöhne sind, die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht. Man soll aber doch aus den Fehlern anderer lernen und sie nicht einfach übernehmen. Denn Goldlöhne bedingen Goldleistungen, aber damit hapert es ja wohl noch bei uns etwas.

## Frankreichs Rüstung gegen Deutschland.

Von
General der Infanterie a. D. **von Kuhl.**

Wiederholt ist in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ darauf hingewiesen worden, daß die im Gange befindliche Reorganisation der französischen Wehrmacht Frankreich instand setzen soll, jeden Widerstand Deutschlands sofort im Keime zu ersticken. Von den drei großen geplanten Gesetzen ist nach jahrelangen Verhandlungen kürzlich zunächst das Wehrgesetz angenommen worden, das die aktive Dienstpflicht auf 1½ Jahre festsetzt. Hierdurch wird eine Friedensstärke von rund 660 000 Mann erreicht, die sich aus 460 000 Franzosen und etwa 200 000 Eingeborenen zusammensetzt. Von diesen 660 000 Mann sollen etwa 200 000 in Algier und in den Kolonien stehen. Im Kriegsfalle werden sie beschleunigt herangezogen.

Von weit größerer Bedeutung ist das zweite Gesetz, das jetzt an die Reihe kommt und das die Organisation der Armee bestimmen soll. Der Entwurf hat bereits manche Wandlung erfahren, da jeder der drei, in den letzten Jahren hintereinander gefolgten Kriegsminister einschneidende Aenderungen vorgenommen hat. Mit dem letzten Entwurf ist der Heeresausschuß der Kammer zurzeit beschäftigt. Der Berichterstatter, der bekannte Oberst Fabry, hat bereits Stellung dazu genommen. Sein Bericht enthält so viele Angaben, die uns Deutsche empfindlich berühren, daß es lohnt, darauf einzugehen.

Die zukünftige Organisation der französischen Armee ist so neu und eigenartig, daß man sie nicht verstehen würde, wenn sie nicht lediglich auf die augenblickliche militärische Lage gegenüber Deutschland zugeschnitten wäre. Während es sich bisher im Mobilmachungsfalle darum handelte, die Friedensarmee auf den Kriegsfuß überzuführen und sämtliche Kriegsformationen sofort aufzustellen, wird jetzt der neue Grundsatz eingeführt, die Mobilmachung staffelförmig durchzuführen. Zunächst wird die „Deckungsarmee“ (couverture) aufgestellt, das ist die Friedensarmee, die hierzu nur in geringem Maße, aber mit größter Schnelligkeit verstärkt wird. Unter ihrem Schutz werden demnächst als zweite Staffel die gesamten Reserven mit Hilfe von abgegebenen schwachen Stämmen der Friedensarmee als „nationale Armee“ mobil gemacht. Entsprechend dieser Trennung in zwei verschiedenartige Staffeln, hat man sich entschlossen, die Friedensarmee organisatorisch loszulösen von der militärischen Territorialeinteilung des Landes, die dazu dient, im Mobilmachungsfall die nationale Reservearmee aufzustellen und die gesamten Hilfsquellen des Gebietes zu erfassen. Die Organisation und Gliederung der Friedensarmee kann je nach der durch die Rekrutierungsergebnisse bedingten Stärke wechseln. Die etwa unseren Wehrkreisen entsprechende Territorialeinteilung dagegen muß ständig sein, um die volle Wirkung zu erreichen.

Für die Friedensarmee ist unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Stärke von 32 Divisionen als notwendig anerkannt worden. Die Division wird auf Grund der Kriegserfahrung als die größte taktische Einheit angenommen. Das Armeekorps ist kein fester organisatorischer Verband, sondern nur ein Bindeglied zwischen Armee und Division, indem es eine veränderliche Zahl von Divisionen im gegebenen Falle zusammenfaßt.

Von dem Kommando der Devisionen ist das Kommando der territorialen Militärbezirke völlig getrennt. Sie dienen nicht mehr, wie die früheren Korpsbezirke, nur rein militärischen Zwecken, sondern ihre Aufgaben erstrecken sich auf die verschiedensten Zweige, wie Straßen und Brücken, Bergwerke, Wälder, Fabriken, Wasser- und Elektrizitätswerke u. dergl. Man hatte daher sogar daran gedacht, Zivilpräfekten an die Spitze dieser Wehrkreise zu stellen, ist aber davon abgekommen, weil diese zur Kontrolle und Aufstellung der Reserveformationen nicht die nötigen militärischen Kenntnisse besitzen würden. Die Militärbezirke werden daher Generalen unterstellt, die im Mobilmachungsfalle in ihrer Stellung verbleiben. Das Land soll in 20 Wehrkreise eingeteilt werden, die in ihrer Ausdehnung den bisherigen Korpsbezirken annähernd entsprechen.

Unbeschadet der geschilderten Trennung der Friedensarmee von der Wehrkreiseinteilung ist doch die Notwendigkeit erkannt worden, die Truppe mit der Territorialeinteilung in eine gewisse Verbindung zu bringen. Die Truppen und die Wehrkreise werden daher einer Anzahl von Generalkommandos (Armeekorps) unterstellt, die einerseits den Befehl über die in ihrem Bereich untergebrachten Divisionen führen, anderseits die Vorbereitung der Mobilmachung in den unterstellten Wehrkreisen zu beaufsichtigen und hierzu nicht nur mit dem Kriegsministerium, sondern mit allen an der militärischen, wirtschaftlichen und industriellen Mobilmachung beteiligten Ministerien in Verbindung zu treten haben. Im Kriegsfalle rücken die Generalkommandos ins Feld.

Die gesamte Gliederung ist so gedacht, daß 16 Generalkommandos geschaffen werden, von denen 3 auf die Rheinarmee entfallen, während die übrigen 13 auf Frankreich verteilt werden. 5 Generalkommandos haben je einen Wehrkreis längs der deutsch-italienischen Grenze unter sich, das Gouvernement Paris bildet einen besonderen Wehrkreis unter einem Generalkommando, 7 Generalkommandos sind je 2 Wehrkreisen übergeordnet.

Von den 32 Divisionen sollen 6 zur Rheinarmee treten; in jedem der 20 französischen Wehrkreise steht eine Division mit französischem Ersatz, außerdem in den fünf Grenzwehrkreisen und noch einem anderen Wehrkreise eine zweite, „gemischte“, aus einem französischen und zwei farbigen Eingeborenenregimentern zusammengesetzte, verstärkte Division. Als ob dies selbstverständlich wäre, ist die dauernde Besetzung des Rheingebietes der Gliederung, Unterbringung und Organisation der Wehrmacht zugrunde gelegt worden. Der Zweck der Organisation ist ein möglichst schneller Aufmarsch gegen Deutschland.

Ohne weiteres wird offen bekannt, daß diese Organisation lediglich auf die augenblickliche Lage gegenüber dem voraussichtlichen